

Gemeinsame Presseinformation Der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern (ARGE)

ARGE Bayern: GKV-Finanzen stabilisieren – Politik muss Verantwortung übernehmen

München, 27. Mai 2025. Die neue Bundesregierung hat angekündigt, noch vor der Sommerpause zentrale politische Vorhaben auf den Weg zu bringen. Die finanzielle Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sozialen Pflegeversicherung stehen dabei ausdrücklich auf der politischen Agenda. Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Bayern (ARGE Bayern) braucht es nun konkrete, kurzfristig wirksame Maßnahmen, die eine nachhaltige Entlastung bringen – vor allem durch zusätzliche Finanzmittel. Die Versicherten und Arbeitgeber im Freistaat erwarten zu Recht ein deutliches Signal zur Sicherung und Weiterentwicklung der solidarischen Gesundheits- und Pflegeversorgung.

Kurzfristige Entlastung notwendig

Die Einnahmen-Ausgaben-Schere der GKV öffnet sich weiter. Trotz intensiver Konsolidierungsanstrengungen der Kassen sind die Beitragssätze zuletzt erneut gestiegen. Hauptursachen sind unter anderem zweistellige Ausgabensteigerungen im Krankenhausbereich, bei Arzneimitteln sowie in der ambulanten Versorgung – bei gleichzeitig stagnierenden beitragspflichtigen Einkommen. Hinzu kommen nicht beitragsgedeckte Leistungen, etwa für Bürgergeldbeziehende oder pandemiebedingte Mehrkosten in der Pflege. Diese werden bislang aus Beitragsmitteln finanziert, obwohl sie staatliche Aufgaben betreffen.

Die ARGE Bayern fordert daher kurzfristig ein Vorschaltgesetz zur finanziellen Entlastung der GKV – flankiert von einer nachhaltigen Perspektive für die Zeit nach 2025.

Strukturelle Reformen mit Langzeitwirkung nötig

Mittelfristig braucht es mehr als akute Maßnahmen. Die Bundesregierung ist gefordert, die strukturellen Ursachen des wachsenden Finanzdrucks gezielt anzugehen. Dazu zählen insbesondere die systematische Prüfung und Begrenzung versicherungsfremder Leistungen und eine faire Lastenverteilung zwischen Bund und Beitragszahlenden.

Bayerische Bundestagsabgeordnete in der Verantwortung

Die ARGE Bayern appelliert insbesondere an die bayerischen Mitglieder des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, sich parteiübergreifend und mit Nachdruck für eine gerechte und tragfähige Finanzierung des GKV-Systems einzusetzen.

Gemeinsame Verantwortung für ein solidarisches System

Die gesetzlichen Krankenkassen in Bayern stehen bereit, die Versorgung auch unter schwierigen Bedingungen weiter leistungsfähig und effizient zu gestalten. Dafür benötigen sie jedoch politische Rahmenbedingungen, die Verlässlichkeit schaffen – für die rund 11,5 Millionen Versicherten im Freistaat ebenso wie für die Arbeitgeber, die den Standort Bayern mittragen.

Was es jetzt braucht, ist Entschlossenheit – nicht nur zur kurzfristigen Stabilisierung, sondern zur zukunftssicheren Weiterentwicklung unseres solidarisch finanzierten Gesundheitswesens.

Kontakt:

BKK Landesverband Bayern (federführend) Manuela Osterloh T. 089-74579-421 presse@bkk-lv-bayern.de	AOK Bayern – Die Gesundheitskasse (federführend) Dr. Regina Greck T. 089 62730-146 presse@by.aok.de	Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek) Landesvertretung Bayern Dr. Linda Föttinger T. 089 / 552551-61 linda.foettinger@vdek.com
IKK classic Juliane Mentz T. (03 51) 42 92 28 14 50 presse@ikk-classic.de	KNAPPSCHAFT Regionaldirektion München Gisbert Frühauf T. 089 38175-405 gisbert.fruehauf@kbs.de	Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als Landwirtschaftliche Krankenkasse Martina Opfermann-Kersten T: 0561 785-16183 kommunikation@svlfg.de